

2987/J XX.GP

der Abgeordneten Dr. Brauneder und Kollegen
an den Bundeskanzler

betreffend Umgliederungsmaßnahmen im Bereich des ÖSTAT

Im Zuge von Umgliederungsmaßnahmen im Bereich des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (ÖSTAT) soll es zu Verschiebungen der Standorte von einzelnen Abteilungen, zu zahlreichen Renovierungen und Gebäudeadaptionen sowie zu umfangreichen Personalrochaden kommen.

So sollen etwa aus Einsparungsgründen die Abteilung 6 (Finanzstatistik) und 7 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) zusammen gelegt werden, ohne die entsprechenden fachlichen Eignungen der jeweiligen Bediensteten zu berücksichtigen. Auf der anderen Seite soll eine eigene Abteilung „Forschung und Entwicklung“ entstehen, die bisher in der Abteilung 1 (Bevölkerung) angesiedelt war.

Neben den personellen Reorganisationsmaßnahmen sollen aber auch zahlreiche Umsiedelungen von Abteilungen innerhalb der Standorte (Zollamtsstraße 2b, Hetzgasse 2 und Herbststraße 57) stattfinden, deren Gründe nur schwer nachvollziehbar sind. Vor allem deshalb, weil damit über technische Adaptierungen (EDV-Standleitungen, Zentralheizung anstatt Koksöfen etc.) hinaus sehr kostenintensive Umbauten (ungefähr 180 Mio. öS allein im Haupthaus) notwendig werden. Diese Verschiebungen der Abteilungen auf andere Standorte bringt aber entscheidende Nachteile für diese und die Arbeit des ÖSTAT insgesamt. Besonders unverständlich erscheint weiters die Verwendung von Räumen in der Hetzgasse durch das BMLV, die für das ÖSTAT dringend notwendig wären, während auf der anderen Seite Mitarbeiter des ÖSTAT in der Radetzkykaserne (Objekt des BMLV) untergebracht sind.

Diese Maßnahmen und Abläufe sind auch Auswirkung der Vorschläge des externen Beratungsunternehmens „Diepold“ das ein Einsparungspotential von zehn Prozent der Gesamtbeschäftigungszahl erwirken soll, obwohl es immer wieder Kritik über die mangelnde EU-Reife des ÖSTAT gibt (vgl. die Anfrage 633J und 1317J aus der XX. GP) und überdies die Aufgaben zunehmen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler nachstehende

ANFRAGE

1. Ist eine umfassende Reorganisation des ÖSTAT geplant?
2. Wenn ja: Wie sieht diese konkret aus und wann soll sie erfolgen (genauer zeitlicher und organisatorischer Ablauf)?
3. Welche Kosten entstehen aus der geplanten Reorganisation und welche konkreten technischen Um- und Zubauten resultieren daraus (möglichst detaillierte Aufschlüsselung)?
4. Soll das Haupthaus in der Zollamtsstraße 2b saniert werden?
5. Wenn ja: Wie hoch sind die veranschlagten Kosten und wann wird mit der Sanierung begonnen?
6. Erfolgt im Rahmen der Reorganisation eine Zusammenlegung der Abteilungen 6 und 7?
7. Wenn ja: Woraus begründet sich das und sind die Bediensteten für ihre neue Verwendung ausreichend fachlich geeignet? Wo verbleiben jene Bedienstete der Abteilung 6, die von der Abteilung 7 nicht übernommen werden?
8. Soll die Abteilung 2 (55 Bedienstete) aus der Hetzgasse in die Herbststraße umsiedeln, um der Abteilung 1 (85 Bedienstete) Platz zu machen?
9. Wenn ja: Wo sollen die zusätzlichen 30 Bediensteten im räumlich eingeschränkten Objekt Hetzgasse untergebracht werden?
10. Muß die Abteilung 1 umsiedeln, um Platz für zusätzliche aufzunehmende Bedienstete für die kommende Volkszählung zu machen?
11. Wurde die Personalvertretung von Beginn an bei den geplanten Aktivitäten eingebunden?
12. Stimmt es, daß die Räume in der Herbststraße noch mit Koksöfen beheizt werden, die tagsüber von den Bediensteten beaufsichtigt und betreut werden müssen?
13. Stimmt es, daß die Koksöfen teilweise nicht mehr verwendbar sind?
14. Wann soll die neue Zentralheizung eingebaut werden?
15. Wie teuer kommt die Renovierung bzw. die Adaptierung der Räume, in die die Abteilung 2 einziehen soll?
16. Wie teuer kommt die neue Standleitung der Post für die EDV in der Herbststraße?
17. Warum übersiedelt nicht die neue Abteilung Forschung und Entwicklung in die Herbststraße, die auf Kontakte mit anderen Abteilungen wenig angewiesen ist?
18. Warum werden Abteilungen um- und ausgesiedelt, wenn jährlich 70 natürliche Personalabgänge erfolgen?

19. Wie wird sich das von der Beraterfirma Diepold vorgesehene Einsparungspotential der Beschäftigten auf die Reorganisation des ÖSTAT auswirken?
20. Weshalb kommt es zu keinem Objekt- oder Raumtausch (Herbststraße und Hetzgasse) zwischen dem ÖSTAT und dem BMLV?
21. Ist es richtig, daß für die nächste Volkszählung in Österreich Kosten von etwa 500 Mio. öS veranschlagt werden?
22. Stimmt es, daß Deutschland im Gegensatz zu Österreich aufgrund der enormen Kosten keine Volkszählung im herkömmlichen Sinn mehr durchführen will, sondern lediglich eine Auswertung der bestehenden Unterlagen und Register?
23. Wenn ja: Warum folgt Österreich diesem Beispiel nicht?
24. Wenn nein: Gibt es Überlegungen zu einer solchen oder ähnlichen Vorgangsweise?
25. Welche Einsparungspotentiale würden sich aus einer solchen Vorgangsweise ergeben?